

lung A) der Zweiten Kammer über Abtheilung H des Ausgabebudgets, das Departement des Aeußern betreffend, und Abtheilung J, Ausgaben zu Reichszwecken betreffend.

Präsident Dr. Schaffrath: Zum Druck und auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen.

(Nr. 625.) Protokolletract der Ersten Kammer vom 9. Februar 1872 über deren Verhandlung über das königl. Decret, die Landesculturrentenbank betreffend.

Präsident Dr. Schaffrath: An die erste Deputation.

(Nr. 626.) Desgleichen von demselben Tage über die Berathung des Berichts der zweiten Deputation der Ersten Kammer über das königl. Decret Nr. 12, die Kriegseinquartierungsentschädigung betreffend.

Präsident Dr. Schaffrath: An die zweite Deputation abzugeben.

(Nr. 627.) Desgleichen vom 12. Februar 1872 über deren Verhandlung über den Antrag des Herrn Präsidenten Dr. Schaffrath, einige Abänderungen der Gesindeordnung vom 10. Januar 1835 zc. betreffend.

Präsident Dr. Schaffrath: An die erste Deputation.

(Nr. 628.) Die dritte Deputation der Zweiten Kammer zeigt an, daß sie über den Antrag des Abg. Kreschmar, Aufhebung der Strafbestimmungen bei verspäteten Taufen und wegen Rücktritts vom Eheverlöbniße mündlichen Bericht zu erstatten bereit sei.

Präsident Dr. Schaffrath: Auf eine Tagesordnung.

(Nr. 629.) Die vierte Deputation der Zweiten Kammer zeigt an, daß sie über a) das Gesuch der städtischen Collegien zu Adorf, die Beantragung der Interpretation einer Bestimmung des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1869, Beschlagnahme von Arbeits- und Diensthöhnen zc. betreffend; b) die Petition des Advocat Mathusius in Zwickau wegen nachträglicher Immatriculation als Notar zc. und c) das Gesuch des Lehrers emer. Stöhr in Niederspaar um Gewährung einer Entschädigung aus der Staatskasse für verschiedene an die Schulgemeinde zu Marbach demselben angeblich zustehende Ansprüche mündlichen Bericht zu erstatten bereit sei.

Präsident Dr. Schaffrath: Desgleichen.

(Nr. 630.) Antrag des Herrn Abg. Haberkorn auf Verminderung der Staatsbeamten durch Einziehung von Stellen und Erlaß eines angemessenen Pensionsgesetzes.

Präsident Dr. Schaffrath: Wird bei der heutigen Berathung berücksichtigt.

(Nr. 631.) Zustimmungserklärung des Vereins des Handels- und Fabrikstandes zu Glauchau zu dem Antrage des Herrn Abg. Stauff Nr. 464 der Registrande, die Abstellung des Bogensfahrens bei Altenburg betreffend.

Präsident Dr. Schaffrath: An die zweite Deputation.

(Nr. 632.) Die vierte Deputation der Zweiten Kammer erklärt sich bereit zur mündlichen Berichterstattung über a) die Petition des ehemaligen Locomotivführers Paul um nachträgliche Pension zc.; b) die Petition des Stadtraths zu Pirna und Genossen, den Bahnverkehr auf der sächsisch-böhmischen Staatsbahn betreffend.

Präsident Dr. Schaffrath: Auf eine Tagesordnung zu setzen.

(Nr. 633.) Dieselbe Deputation erklärt sich bereit zur mündlichen Anzeigerstattung über a) die Petition der städtischen Collegien zu Geringswalde zc. um Fortbestand des dasigen königl. Gerichtsamtes; b) die Eingabe des Handarbeiters Brühl in Rochlitz, dessen Familien- und Vormundschaftsangelegenheiten betreffend; c) die Petition des Literaten Beger in Dahlen um Gewährung von Entschädigung für erlittene Gefängnißstrafe zc.

Präsident Dr. Schaffrath: Ebenfalls auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen.

Dies war der Inhalt der Registrande. — Für die heutige Sitzung hat sich entschuldigt der Abg. Sünderhauf und für die heutige und morgende Sitzung entschuldigt sich der Abg. Esche.

Wir gehen nun zum ersten Gegenstande der heutigen Tagesordnung über, zur Berathung des Antrags der Abgg. Schreck und Genossen auf Erörterung und Begutachtung, inwieweit sich durch Verminderung der vom Staate Angestellten Ersparnisse im Staatshaushalte erzielen lassen. — Zum Worte haben sich gemeldet die Herren Abgg. Haberkorn, Petri, Dr. Meisner, von Einsiedel. — Der Abg. Haberkorn hat das Wort!

Abg. Haberkorn: Es ist nicht das erste Mal, daß Anträge von gleicher Tendenz, wie solche der Schreck'sche Antrag verfolgt, in der Kammer berathen worden sind. Es war zuerst am 10. Januar 1851, als der Abg. Lehmann einen ähnlichen Antrag stellte, und ich bitte um die Erlaubniß, denselben vorlesen zu dürfen. Er lautete so:

„Durchdrungen von der Wahrheit und dem Gewicht des in den Motiven Seite 460 Gesagten, jedoch auch überzeugt davon, daß die in naher Aussicht stehende Reorganisation der unteren Justiz- und Verwaltungsbehörden eine erwünschte und wahrscheinlich in dieser Weise bald nicht wiederkehrende Gelegenheit bietet, so beantrage ich: die Staatsregierung wolle bei der bevorstehenden Reorganisation der unteren und resp. mittleren Justiz- und Verwaltungsbehörden auf verhältnißmäßig numerische Verminderung der anzustellenden Staatsdiener Bedacht nehmen und durch die fortgesetzte sorgfältigste Wahl tüchtiger Arbeitskräfte dahin wirken, daß durch diese quantitative Reduction den Angestellten und namentlich den unteren Beamten höhere Gehalte, als es bisher der Fall war, gewährt